

# Amerikaner bei Banken unerwünscht

Amerikaner haben Probleme, in der Schweiz ein Konto zu eröffnen. Einige Banken wollen US-Kunden sogar loswerden.

**Markus Städeli, Sebastian Bräuer**

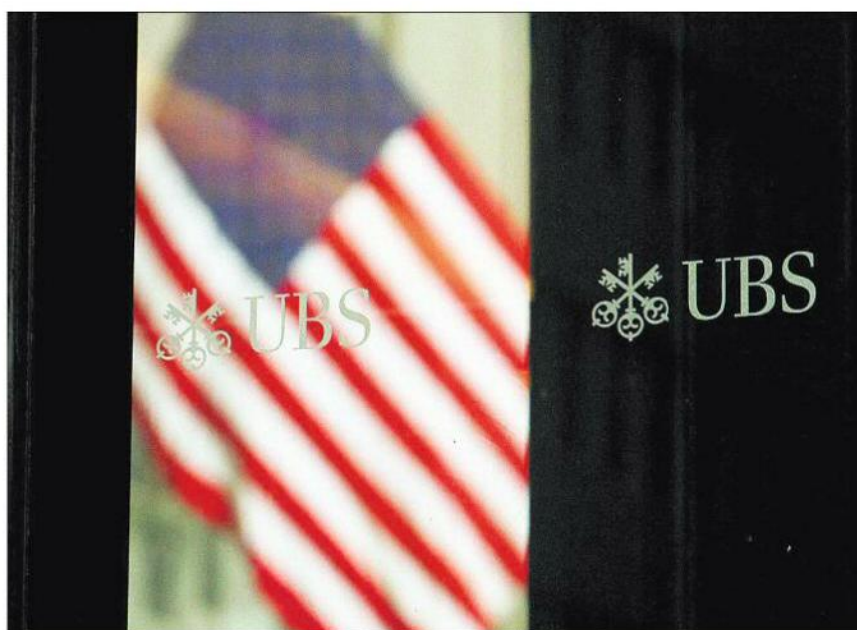
Sie sind zum Risikogeschäft geworden: Viele Schweizer Banken wollen mit US-Kunden nichts mehr zu schaffen haben. Vorsichtig geworden ist etwa die Zürcher Kantonalbank. Man akzeptiere keine neuen US-Kunden mehr, betreue die bisherigen aber weiterhin, bis ein Grundsatzentscheid gefällt werde, sagt Pressesprecher Urs Ackermann. Andere Banken sind weniger zimperlich und kündigen ihren amerikanischen Kunden die Konten – selbst wenn diese ihre Vermögenswerte vorschriftsgemäss deklarieren. Damit rüsten sich die Banken für die härtere Gangart der USA in Steuerfragen.

Die Neuaushandlung des Doppelbesteuerungsabkommens (DBA) mit den USA hat hingegen weniger Konsequenzen auf die Schweiz, als im Vorfeld vermutet wurde. In den USA macht sich deshalb Ernüchterung breit. «Das Abkommen ist für die USA praktisch wertlos, weil es keinen automatischen Datenaustausch vorsieht», sagt Michael McIntyre, Rechtsprofessor an der Wayne State University. Das DBA sei «ein Etappensieg für die Schweiz».



Argus Ref 35623566

# US-Kunden sind bei Schweizer Banken nicht mehr willkommen



Das Gerichtsverfahren USA versus UBS hat sämtliche Schweizer Banken aufgeschreckt.

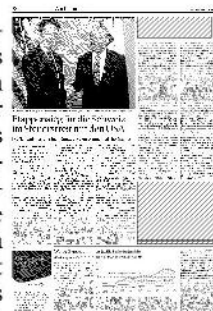
Die Versuchung ist gross: «Im Moment klopfen viele US-Personen bei uns an. Wir könnten sehr schnell wachsen, wenn wir sie akzeptieren würden», sagt der Chef einer Zürcher Privatbank etwas wehmütig. Denn sein Institut gehört zu einer wachsenden Anzahl von Instituten, die nichts mehr von US-Personen wissen wollen. So etwa die Zürcher Kantonalbank, wo es ein entsprechendes Moratorium gibt. Man akzeptiere keine neuen US-Kunden mehr, betreue die bisherigen aber weiterhin, bis ein Grundsatzentscheid gefällt worden sei, sagt Pressesprecher Urs Ackermann. «Dieser strategische Entscheid steht kurz bevor.»

Andere Institute gehen weniger zimperlich vor: «Verschiedene Banken machen einen radikalen Schnitt und kündigen allen US-Kunden, auch jenen, die ihr Geld deklarieren», sagt Fritz Kaiser, Chef von Kaiser Ritter Partner, einer Vermögensverwaltungs-

firma, die US-Personen bei der Selbstanzeige beim amerikanischen Fiskus unterstützt.

Eine Bank bezeichnet das Vorgehen einzelner Konkurrenten als Überreaktion. Man selbst wolle US-Kunden nicht Knall auf Fall vor die Türe setzen. «Wir sehen in diesem Geschäft aber keine Zukunft mehr.» Der Aufwand stehe in keinem Verhältnis mehr zu den Erträgen. Viele Banken sind nervös und möchten sich zu diesem Thema nicht zitieren lassen.

Sicher scheint, dass kurz vor Prozessbeginn gegen die UBS zwecks Herausgabe von 52 000 Kundennamen viele Banken unter Hochdruck an einer Lösung ihres US-Kunden-Problems arbeiten. «Es gibt heute bei dem meisten Banken Arbeitsgruppen zum Thema US-Kunden», sagt Kaiser. «Viele Banken werden wohl innerhalb von Wochen entscheiden, wie man mit diesen Kunden verfahren wird.» Das



Thema sei zur Chefsache geworden: «Wir erhalten Telefonate von Verwaltungsräten, die sich bei uns informieren oder abklären, ob Kooperationen möglich sind.» Derweil fühlen sich viele US-Personen von den Banken im Stich gelassen. «Wir haben Fälle von amerikanischen Top-Executives, die beruflich in die Schweiz kommen und für die es sehr schwierig ist, eine Bank zu finden, die sie aufnimmt. Die Frustration ist gross», sagt der Partner einer Beratungsfirma.

Das Problem dieser Neuankömmlinge ist, dass der amerikanische Fiskus den Kreis seiner Steuersubjekte sehr weit zieht. Eine sogenannte «US-Person» ist nicht nur ein US-Bürger mit Wohnort USA. Auch amerikanische Bürger, die im Ausland wohnen, oder Inhaber sogenannter Green Cards sind grundsätzlich in den USA steuerpflichtig – und selbst ein Schweizer Bürger kann über eine Heirat in die Einfluss-sphäre der unzimperlichen amerikanischen Steuerbehörde geraten.

Auch Kunden, denen das Konto gekündigt worden ist, haben es schwer, zu einem jener wenigen Institute zu finden, die noch US-Personen akzeptieren. «Banken, die sich von ihren

US-Kunden trennen, wollen diesen oft keinen Rat geben, wohin sie gehen können», sagt Kaiser. Zu gross sei die Gefahr, dass die Bank ihre Situation bezüglich allfälliger Beihilfe zur Steuerrückzahlung gegenüber den US-Behörden verschlimmere, wenn der Kunde nicht den Weg zur freiwilligen Deklaration seines Vermögens wähle. «Das birgt ein grosses Frustrationspotenzial für betroffene Kunden, denen die Bankkonten gekündigt werden.»

Den USA ist es gelungen, die Schweizer Banken im Geschäft mit ihren Steuersubjekten weitgehend zu vergraulen. Der Spielraum, diese auf legale Weise zu betreuen, ist aufgrund der rigiden Auflagen sehr eng geworden. Eine Genfer Bank gibt die Auskunft, sie könne ihre Kunden mit Wohnort USA jeweils nur dann kontaktieren, wenn sie sich auf Reisen in Europa oder Asien befänden. «Sonst würden wir gegen Gesetze verstossen.» Die Grossbanken und Institute wie Pictet oder Sarasin haben für die Betreuung von US-Bürgern Spezialeinheiten. Diese unterstehen der Aufsicht der US-Behörden, auch wenn sie sich nicht auf amerikanischem Boden befinden. *Markus Stüdeli*